



## Stellungnahme der BAGFW zur Maßnahmenübersicht zum Aktionsplan des BMG für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW) ist ein Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. In den Einrichtungen und Diensten der Wohlfahrtsverbände sind rund 1,9 Millionen Menschen hauptamtlich beschäftigt; schätzungsweise 3 Millionen leisten ehrenamtlich engagierte Hilfe in Initiativen, Hilfswerken und Selbsthilfegruppen. Mit unseren über 100.000 Einrichtungen und Diensten erreichen wir über 4 Millionen Menschen, die unsere Angebote und Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sind aufgrund ihrer Leistungen für das Gemeinwesen und ihrer zivilgesellschaftlichen Reichweite ein wichtiger Bestandteil des Sozialstaates und wichtige Akteur\*innen für dessen Erhalt bzw. Weiterentwicklung.

Die Verbände der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) bedanken sich für die Einladung, zu den Maßnahmen für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen Stellung nehmen zu dürfen. Im Folgenden möchten wir zu ausgewählten Aspekten des Prozesses Stellung nehmen. Detaillierte Rückmeldungen zum Maßnahmenplan finden Sie in der Anlage.

### Partizipativer Erarbeitungsprozess

Die BAGFW-Verbände begrüßen ausdrücklich das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben und den vom BMG gestarteten Prozess, wenngleich hier aus unserer Sicht durch den zögerlichen Start wichtige Zeit verloren gegangen ist. Das von Bundesgesundheitsminister Prof. Lauterbach am 18. Oktober 2023 schließlich eingeleitete **partizipative Verfahren zur Erarbeitung des Aktionsplans** für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen und die zahlreichen eingegangenen Rückmeldungen zeigen eindrücklich, dass dieses Vorhaben auf ein **sehr großes Interesse** gestoßen ist und eine **hohe Relevanz** für unseren Sozialstaat hat. Die Verbände der BAGFW haben sich **gemeinsam neben 100 Personen, Organisationen und Verbänden** im Rahmen des daran anschließenden schriftlichen Beteiligungsverfahrens mit einer [Stellungnahme](#) eingebracht; dem BMG lagen insgesamt über **3.000 konkrete Maßnahmen** vor.

Die Arbeit an einem diversen, inklusiven und barrierefreien Gesundheitswesen wird die Aufgabe mehrere Legislaturperioden sein. Der nun erstmalig beschrittene Weg sollte daher aus Sicht der Verbände der BAGFW der Startschuss für einen dauerhaften, partizipativen und ressortübergreifenden Prozess sein.



- Die Verbände der BAGFW begrüßen den partizipativen Prozess und empfehlen dem Bundesgesundheitsministerium ausdrücklich, diesen fortzuführen und weiterzuentwickeln.
- Die bisher grundsätzliche fehlende Perspektive von bspw. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, queeren Menschen, Kindern und Jugendlichen muss gestärkt bzw. nachhaltig in den Prozess eingebunden werden. Die im Maßnahmenplan vorgeschlagenen Modellprojekte sind grundsätzlich zu begrüßen. Die BAGFW-Verbände fordern daher eine strukturelle Einbindung der jeweiligen Interessensvertreter\*innen in den partizipativen Erarbeitungsprozess.
- Die Verbände der BAGFW bitten um Veröffentlichung der eingegangen über 3.000 Vorschläge unter Beachtung des Datenschutzes. Zur besseren Nachvollziehbarkeit wäre eine transparente Offenlegung der Parameter wünschenswert, anhand derer das BMG die Priorisierung bzw. Maßnahmenauswahl vorgenommen hat.
- Im weiteren Prozess gilt es aus Sicht der BAGFW-Verbände zudem sicherzustellen, dass sich die gesamte Bundesregierung hinter dem Aktionsplan vereint, und nicht nur ein einzelnes Ressort.
- Letztlich wäre insgesamt ein wesentlich verbindlicherer Charakter eines solchen Aktionsplans wünschenswert und notwendig gewesen, auch mit Blick auf die hierfür erforderlichen Ressourcen und finanziellen Mitteln zur Umsetzung der Maßnahmen.

## Zeitschiene

Die nun vorliegende Maßnahmenübersicht basiert u.a. auf den durch das BMG gemeinsam mit ausgewählten Organisationen im Februar und März dieses Jahres durchgeführten sieben Fachgesprächen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden in sofort, kurz- und langfristig sowie dauerhaft/ fortlaufend eingeteilt.

Die Verbände der BAGFW begrüßen grundsätzlich die in den Maßnahmen vorgeschlagenen kurzfristigen Maßnahmen. Aus Sicht der BAGFW-Verbände ist es jedoch nicht hinnehmbar, dass viele weitere Maßnahmen, die aus Sicht der von Diskriminierung und Benachteiligung betroffenen Menschen bereits zum jetzigen Zeitpunkt notwendig wären, in eine ferne Zukunft verschoben werden.

- Um sicher zu stellen, dass die partizipativ erarbeiteten Maßnahmen auch über die aktuelle Legislaturperiode hinaus Bestand haben, bedarf es aus Sicht der BAGFW auch hier einer für alle zugänglichen und lesbaren Publikation, sowie der dauerhaften Fortschreibung des partizipativen Prozesses.



## Dringende Umsetzung der im Koalitionsvertrag versprochenen Maßnahmen

Die Regierungskoalition hat sich für die Legislaturperiode vorgenommen, das Behindertengleichstellungsgesetz sowie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu reformieren. „Wir wollen, dass Deutschland in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens, vor allem aber bei der Mobilität, ... beim Wohnen, **in der Gesundheit** und im digitalen Bereich, barrierefrei wird. [...] Dazu überarbeiten wir unter anderem das Behindertengleichstellungsgesetz und das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz sowie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz.“

Aus Sicht der BAGFW-Verbände bedarf es aufgrund des inneren Zusammenhangs zwischen dem Behindertengleichstellungsgesetz (BGG), dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), dem Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) sowie sonstiger korrespondierender Gesetze und Richtlinien einer stringenteren Verknüpfung dieser, um die nationale Antidiskriminierungs- und Teilhabepolitik für Menschen mit Behinderungen stärker miteinander zu verzahnen. Die Verpflichtung zur Herstellung von Barrierefreiheit von Anbietern privater und öffentlicher Dienstleistungen würde das Gesundheitswesen diskriminierungs- und barrierefreier gestalten.

- Die künftige Gesetzgebung im Pflege- und Gesundheitswesen gilt es im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention (Art. 25; Art. 26 UN BRK) weiterzuentwickeln, unter Berücksichtigung der sich aus BGG und AGG ergebenden Anforderungen.

## Pandemie- und Krisenfestigkeit – Schutz und Teilhabe vulnerabler Personengruppen und Sicherung der Infrastruktur

In Deutschland sind die Chancen auf ein langes und gesundes Leben sehr ungleich verteilt, was sich durch die SARS-CoV-2-Pandemie noch weiter verschärft hat. Die durch die SARS-CoV-2 Pandemie, den Krieg in der Ukraine, sowie die durch die Inflation verursachten Probleme haben gezeigt, welche Bedeutung einem inklusiven, barriere- und diskriminierungsfreien Gesundheitswesen und welche Rolle dabei den Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege zukommt. Interdisziplinäres Denken und Handeln sowie die frühzeitige, strukturelle Einbindung der Freien Wohlfahrtspflege in die Lösung komplexer, gesellschaftlicher Herausforderungen hat nachhaltig dazu beigetragen, die gesundheitliche und individuelle Teilhabe zu sichern wie auch die strukturellen Angebote zu erhalten. Es gilt insofern, aus den politischen Fehlern der Pandemie zu lernen, um dann, im Sinne eines lernenden Systems, Lösungsansätze für die Zukunft zu erarbeiten.

- Die BAGFW-Verbände fordern die partizipative Erarbeitung einer nachhaltigen, sozial- und gesundheitspolitischen Gesamtstrategie, die über die Stärkung der



Gesundheitskompetenz hinaus für alle in Deutschland beheimateten Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Behinderungen, Bildung, Einkommensniveau oder Staatsbürgerschaft die Lebensbedingungen gesundheitsförderlich gestaltet, den Schutz vulnerabler Personengruppen sowie ihre Teilhabe sicherstellt und Maßnahmen zur Sicherstellung der Einrichtungen, Angebote und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege in Krisenzeiten beinhaltet.

- Die Verbände der BAGFW merken kritisch an, dass die vom BMG und dem RKI einberufene ad hoc AG zur Erarbeitung von „Empfehlungen zur Prävention und Management von Covid-19 in Einrichtungen der Eingliederungshilfe“ ergebnislos beendet wurde.

### Sonstiges

Für abhängigkeiterkrankte Menschen ist der niedrighschwellige Zugang zur Suchthilfe essentiell für den individuellen Behandlungserfolg. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege unterstützen daher ausdrücklich die von der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e. V. eingebrachte Stellungnahme.

Gerne stehen wir für den weiteren Austausch zur Verfügung.

Berlin, den 16.08.2024

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.

Evelin Schulz  
Geschäftsführerin

Kontakt:

Cordula Schuh ([cordula.schuh@awo.org](mailto:cordula.schuh@awo.org))

Sebastian Gottschall ([sebastian.gottschall@awo.org](mailto:sebastian.gottschall@awo.org))

Iman Sakkaki ([iman.sakkaki@awo.org](mailto:iman.sakkaki@awo.org))